

02 | Dez. 2014

Attersee. *REPORT*

„Eliten“

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Elite: Die Frage nach dem Gütesiegel

Norbert van Handel
Adel - gestern und heute

Familientreffen des Hochadels
Erzherzog Johanns Nachkommen in Maria Zell

Thomas Chorherr
Eliten und Medien - Ein Widerspruch?

Demokratie als Horrorerlebnis

Das Steuerkonzept des Atterseekreises
Wirtschaftsimpulse durch Steuergerechtigkeit

Eisenbahnbrücke: Der gesprengte Bürgerwille

Satire
Zwei Kühe - Zehn Schicksale

Zeitfragen - Perspektiven - Impulse

freidenken
attersee kreis

Inhalt

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Elite: Die Frage nach dem Gütesiegel	Seite 5
Norbert van Handel Adel - gestern und heute	Seite 10
Familientreffen des Hochadels Erzherzog Johanns Nachkommen in Maria Zell	Seite 15
Thomas Chorherr Eliten und Medien - ein Widerspruch?	Seite 16
Demokratie als Horrorerlebnis	Seite 19
Das Steuerkonzept des Atterseekreises Wirtschaftsimpulse durch Steuergerechtigkeit	Seite 20
Eisenbahnbrücke: Der gesprengte Bürgerwille	Seite 23
Satire Zwei Kühe - Zehn Schicksale	Seite 25

IMPRESSUM

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer
■ Medien-Management: Gert Bachmann ■
Alle: Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■
Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,
E-mail: kirschhofer@drei.at
Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de

Vorwort des Herausgebers

NAbg. a. D. KommR Alois Gradauer Präsident des Atterseekreises

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

dieses Echo haben die Gründungsväter des Attersee-Reports kaum zu hoffen gewagt. Die Zustimmung zur ersten Ausgabe der neuen Publikation war lebhaft, zahlreich und nahezu ungeteilt. Einige Auszüge aus der Leserpost sind allgemeintypisch für die Reaktion auf das Heft mit dem Auftaktthema „Zivilcourage:

„...haben erreicht, was man mit einer Erstauflage erreichen kann: Viele gute, tiefsinnige, langfristige Ideen angesprochen.“ (Mag, Chr.H.)

„....großes Kompliment an dieses abwechslungsreiche journalistische Werk gegen den Mainstream“ (Dr.G.W.)

„....sofort verschlungen. Knappe, pointierte Aussagen, gepaart mit Hintergrundinfos; kompetente Autoren“ (Dr. B.H.)

„....gehört schon jetzt zu jenen Schriften, die gesammelt gehören und aus denen zitiert werden sollte..“ (Dr. N.H.)

„.... Die Zeitschrift bestätigt schon bei ihrem ersten Erscheinen ihr hohes Niveau, vor allem aber, daß sie tatsächlich bestehende Informationsmängel. zT. auch die schleichende Unterdrückung bürgerlich-

kultureller Wertmaximen öffentlich erkennbar macht“ (Dr.P.K.)

Die Absender lassen vermuten, daß der Report auch im Kreis von Wirtschaftstreibenden und Freiberuflern viel Anklang gefunden hat.

Was den Atterseekreis selbst betrifft, so versteht er sich nicht nur als ein bürgerlich-liberales Gesprächsforum für den Austausch von Meinungen, sondern auch ein wenig als Ideenbringer für die politische Praxis. In diesem Sinne hat der Arbeitskreis ein Konzept für ein verbessertes Steuerwesen entwickelt, mit dem er demnächst an die Öffentlichkeit treten wird. Der vorliegende Attersee-Report enthält eine skizzenartige Vorausinformation über die Grundzüge dieses Entwurfs. Es wäre schön, wenn unsere Initiative einen wenigstens kleinen Beitrag zur Belebung der Steuerreform und zur Beseitigung der koalitionsären Entscheidungsparalyse leisten könnte.

Mit den besten Grüßen,

KR Alois Gradauer
Präsident des Atterseekreises



Liebe Leserin, lieber Leser,

mitunter sind es ganz kleine, beiläufig hingeworfene und mit ein wenig Humor gewürzte Bemerkungen, die unserem Alltagsleben Farbtupfer verleihen. Und manchmal steckt in solchen sprachlichen Winzigkeiten unversehens die Beschreibung eines ganzen Panoramas. Diese Erfahrung machte ich, als ich einen Gesprächspartner wissen ließ, daß sich der nächste Attersee-Report mit dem Problem der Eliten in der Demokratie beschäftigen würde. Darauf kam schmunzelnd die Frage: „Darf man denn das?“

In diesem ironischen Sätzchen enthüllte sich die bittere Gewißheit, daß der Begriff „Elite“ zwar keinem förmlichen Tabu unterliegt, bei der Schar der Gleichheitsutopisten aber einem ganzen Bündel von Vorurteilen ausgesetzt ist. In einer Zeitphase des Genderns, des Verlangens nach Quotenregelung ohne Rücksicht auf die Qualifikation sowie mißverständener Bildungsgleichheit ist „Elite“ ein höchst verdächtiges Vokabel geworden. Trotzdem darf man einer Diskussion darüber nicht ausweichen, denn von der Frage, welche Art von Menschen an der Spitze des Gemeinwesens stehen und wie sie ticken, hängt auch unsere Fähigkeit zur Zukunftsbewältigung ab.

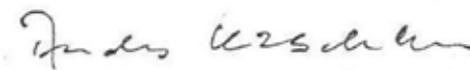
Unter dieser Voraussetzung hat sich der Attersee-Report auf die Suche nach dem Gütesiegel des „republikanischen Adels“

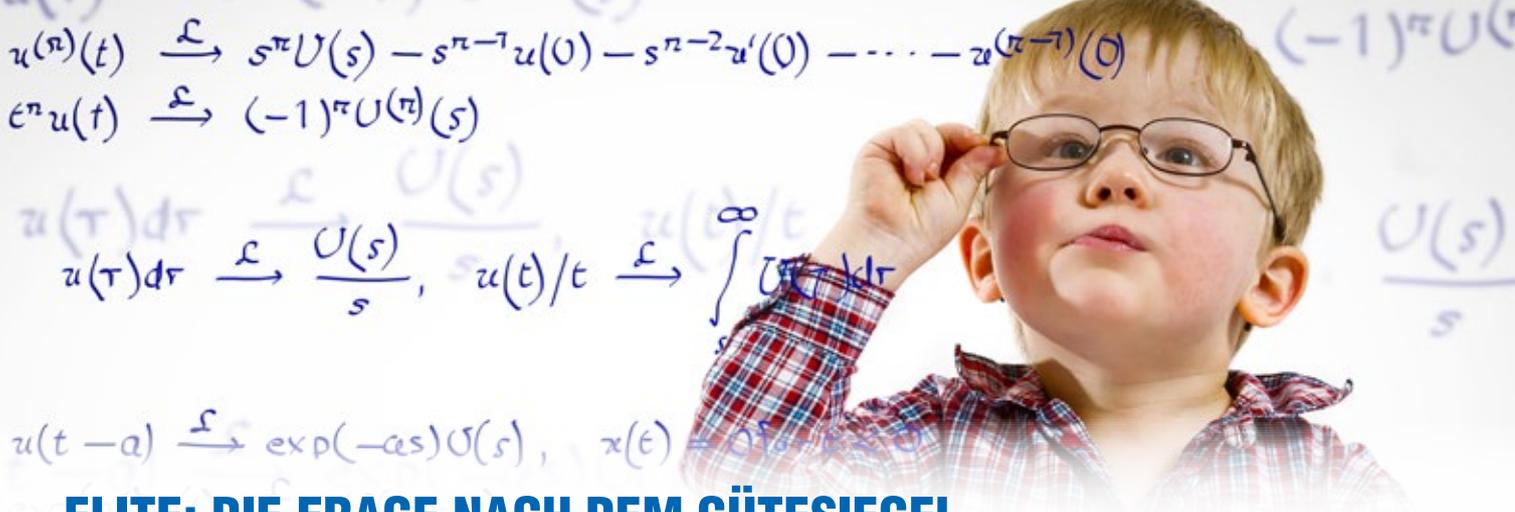
gemacht. In einem weiteren Beitrag wird die heutige Situation der seit fast einem Jahrhundert in den Untergrund verbannten alten Aristokratie behandelt. Überdies wird eine Betrachtung darüber angestellt, ob zwischen Elite und Medien ein Widerspruch besteht. Wir sind ein wenig stolz darauf, daß sich dabei mit Thomas Chorherr einer der namhaftesten österreichischen Publizisten zu unserem Autorenkreis gesellt hat. Chorherr stellt in einem sehr persönlich gehaltenen Essay die besorgte Frage: „Sind die Medienleute heute eine Elite?“ Was ihn besonders bewegt, ist die Polarität zwischen dem nachweisbar „links-grünen Medienbiotop“ und den oft gegensätzlichen Sichtweisen der Bevölkerung.

Nichts mit dem Elite-Problem, sehr viel jedoch mit den demokratischen Spielregeln hat aus dem übrigen redaktionellem Angebot ein Bericht zu tun, der den „gesprengten Bürgerwillen“ im Zusammenhang mit der betagten Linzer Eisenbahnbrücke beschreibt.

Wir hoffen, daß Sie auch in dieser Ausgabe die eine oder andere nützliche Überlegung entdecken werden und freuen uns darauf, auch Ihre eigenen Ansichten kennenzulernen.

Herzlichst,





ELITE: DIE FRAGE NACH DEM GÜTESIEGEL

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Harald Krassnitzer ist als Schauspieler dazu berufen, Eingelerntes wiederzugeben, was andere für ihn vorgedacht haben. Also rezitierte der Mime unlängst das, was er sich aus seinem roten Textbuch gemerkt hatte. „Die Elite“, so ließ er im Rahmen einer Zukunftsdebatte wissen, „hat in der Wirtschaftskrise nur die eigenen Interessen vertreten und ohne Moral gehandelt“. Elite, das sind für ihn die Manager, von denen viele in der Tat unrühmliche Beispiele für mangelnde Moral und teuer bezahlte Unfähigkeit geliefert haben. Aber sind es wirklich die Manager, denen der Nimbus der Auslese und des Außergewöhnlichen zusteht? Was ist überhaupt Elite, wie viele Menschen gehören dazu und was sind ihre Merkmale?

In Österreich leben nach grober Schätzung rund 70 000 Personen, die - sei es als Universitätsprofessoren, Chefarzte, Minister, Kammerpräsidenten, Landeshauptleute, Bankenbosse, Richter, Staatsanwälte, Spitzenmanager, Chefredakteure, Großgrundbesitzer, Botschafter oder wegen sonstiger hoher Ränge - auf den obersten Sprossen der sozialen Leiter stehen. Sie alle würden freilich große Augen machen, wenn ihnen der Schichtenforscher Michael Hartmann vorrechnet, daß nur ein paar wenige von ihnen zur Elite zu zählen sind. „Das, was ich als Elite definiere“, verkündete

der Darmstädter Professor in einem Zeitungsinterview, „ist eine sehr kleine Gruppe von Personen, - in Deutschland 4000, in Österreich umgerechnet 400“.

Ausschlaggebend für die Zugehörigkeit zur Elite ist für Hartmann nur die Macht, die ihre Vertreter besitzen, daß sie nämlich durch ihre Positionen in der Lage sind, „gesellschaftliche Verhältnisse maßgeblich zu beeinflussen“. Das aber ist eine bei weitem zu engherzige, inakzeptable Definition. Nach dieser Logik dürfte nämlich ein Wissenschaftler vom Weltformat eines Anton Zeilinger nicht zur Elite gezählt werden, denn der Quantenphysiker gilt zwar als nobelpreiswürdig, besitzt aber wenig Einfluß auf die österreichische Bildungspolitik. Auch der Heiligenkreuzer Abt Gregor wäre in Hartmanns Deutung keine Eliteperson, obwohl der unter dem Namen Ulrich Maria Karl Graf Henckel-Donnersmarck Geborene dem deutschen Hochadel entstammt, ein Welthandelsstudium absolvierte und danach erfolgreich als Manager eines Wirtschaftsunternehmens tätig war. Was den geistlichen Herrn vermeintlich disqualifiziert, ist, daß er ebenfalls über keinerlei weltliche Macht und vielleicht auch über kein nennenswertes Bankkonto verfügt.

Beispiel Opernball: Elite oder Prominenz?

Ganz anders verhält es sich mit denen, die schon in wenigen Wochen wieder vor der Staatsoper ihren Karossen entstei-

gen und in der Pose der Bedeutsamkeit gebürstet und gelackt ihren hochpreisigen Logen beim Ball der Bälle zustreben werden. Allein am Gefunkel der Orden und prächtigen Schärpen über dem Frackhemd wird man ermessen können, daß es sich bei den Ankömmlingen um keine Geringen, sondern in beträchtlicher Zahl um Leute handelt, die im öffentlichen Leben Gewicht haben. Trotzdem wird niemand im Spalier der Neugierigen, die den Eingang zur Oper wie alljährlich säumen werden, mit



Schon bald wird sich in der Wiener Staatsoper, wie alljährlich, ein glitzerndes Publikum zum Festlichen „Alles Walzer“ zusammenfinden. Aber wird es sich dabei auch immer um eine echte Elite handeln, oder sollte man eher von Prominenz reden?

Sicherheit sagen können, ob es sich bei den Ankommenden immer um eine echte Elite handelt, oder ob man es besser beim Ausdruck Prominenz belassen sollte.

Zugegeben, Elite ist ein schillernder, schwer faßbarer und facettenreicher Begriff, vollgeladen im übrigen mit politischer Brisanz. Menschen mit bürgerlich-konservativer Grundhaltung verbinden mit dem Wort Elite die Vorstellung der Belohnung von Leistung, die Linken mögen das Vokabel hingegen nicht, weil es ihrem Gleichheitsdenken zuwiderläuft. Sie wittern in der Elite gern eine miteinander verkettete neofeudale Clique, getrieben von der finsternen Absicht, sich auf Kosten der einfacheren Schichten zu mästen. Die Gesellschaft werde nämlich, so verkündigen die Apostel der Gleichmacherei, von oben her bedroht. Die Raffgier von korrupten Managern und Funktionären scheint dies bei oberflächlicher Betrachtung auch zu bestätigen. Kein Wunder, daß das Wort Elite in der Bevölkerung keinen besonders guten Klang hat. Nur 15 Prozent der Bürger finden es ausdrücklich sympathisch.

Die forschersche Neugier stößt beim gegenständlichen Problem allerdings auf ein recht widersprüchliches Denken der Bürger. Zum einen besteht in der Bevölkerung eine sinkende Bereitschaft, soziale Ungleichheit hinzunehmen und eine deutliche Zustimmung zur Formel „die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.“ Zum anderen befürworten die Österreicher in klarer Mehrheit, daß derjenige, der mehr leistet, auch mehr verdienen soll. Dazu kommt, daß sich die Bevölkerung insgeheim nach Leitfiguren mit Vorbildcharakter zur Orientierung über das politische und wirtschaftliche Geschehen sehnt und solche Persönlichkeiten im Grunde vermißt.

Elitäre Monopole von gestern und heute

Der Elitebegriff hat im Laufe der Jahrhunderte die verschiedensten Deutungen und Anwendungen erfahren, die zumeist mit Macht Einfluß und Militär zusammenhängen. Man denke nur an Begriffe wie „Rittertum“, „Adel“, „Eliteeinheiten“, „Garderegimenter“ u.ä. Auch mit organisierten Sozialsystemen wird Elite immer wieder in Zusammenhang gebracht, wie zum Beispiel „Eliteschulen“, „Eliteuniversitäten“, „Führungskader“ etc. Dazu kommt die Mitgliedschaft von schätzungsweise 17.000 Österreichern zu Vereinen oder Verbänden mit elitärem Selbstverständnis. Zu nennen sind vor allem die Rotarier und Lions, der vorwiegend mit ehemaligem Hochadel besetzte St. Johannis Club, der Jockey Club oder der St. Georgs Orden. In allen diesen Vereinigungen ist die Mitgliedschaft an strenge Auswahlkriterien gekoppelt.

Eliten früherer Zeiten entwickelten, in der Absicht, sich abzugrenzen, einen speziellen Habitus. Identifikationsmerkmale waren nicht nur Adelsprädikate, sondern auch bestimmte Kleidungen, Wohnstile, ja so-

gar das Recht zum Tragen von Bärten. Natürlich hatte das Bemühen um Abgrenzung auch negative Folgen wie Arroganz, Überheblichkeit und Dekadenz. Dennoch sollte man die Vorzüge des „noblesse oblige“ für die soziale Welt von gestern - beispielsweise in Form eines verbreiteten Mäzenatentums – nicht unterschätzen. Vor allem das England des 19. Jahrhunderts lieferte dafür eindrucksvolle Bestätigungen, indem es das Gentlemanideal in Public Schools und Colleges zum Erziehungsziel erhob. Der Begriff „gentlemanlike“ wurde geradezu zum Synonym für Ehrenhaftigkeit und Anständigkeit.

WASP: Eine Elite nach amerikanischer Art

Beim Nachdenken über das Problem stellt sich die Frage, wie gut oder schlecht sich Elite mit den demokratischen Prinzipien verträgt und ob die Gesellschaft ganz allgemein hierarchisch, also vertikal, oder egalitär, also horizontal gegliedert sein sollte. Orthodoxe Linke und grüne GleichheitsidealistInnen halten das Einebnen aller sozialen Unterschiede für ein demokratisches Gebot. Sie verkennen dabei, daß sich in allen Ländern, auch solchen mit sehr langer demokratischer Tradition, unweigerlich Eliten bilden, die nach Unterscheidung von der Masse drängen. Auch die bisweilen immer noch als Musterdemokratie geltenden USA machen davon keine Ausnahme. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an den bis in die jüngere Vergangenheit gängig gewesenen Begriff WASP (*White Anglo-Saxon Protestant*), der die *weißen angelsächsischen Protestanten* als die hochrangigste Fraktion der Einwanderer kennzeichnete.

Bei den WASPs handelte es sich im Klartext um die protestantischen Engländer und Schotten. Sie standen nach vorherrschender Meinung in den USA an der Spitze der Einwanderer und rangierten

im Öffentlichen Bewußtsein höher als die meist ebenfalls protestantischen Deutschen und Skandinavier und sehr viel höher als die vorwiegend katholischen Iren, Polen und Italiener. Den mit Abstand niedrigsten Stellenwert hatten die Afroamerikaner und Asiaten. Die praktische Konsequenz dieser „gefühlten“ Hierarchie bestand darin, daß sich die politische Elite der USA lange Zeit aus den WASPs rekrutierte. Das hatte nicht nur für die Geschichte der Vereinigten Staaten eine erhebliche Bedeutung.

Die „oberen 10 Prozent“

In den modernen Gesellschaftswissenschaften hat sich zum Losungswort *Elite* der etwas erweiternde Begriff *Oberschicht* gesellt. Zur Abgrenzung bedient sich die Demoskopie eines Punktesystems, bei dem Bildung, Einkommen und Berufskreis zu einer fünfstufigen Skala verarbeitet werden. Die Skala orientiert sich an der Gauß'schen Verteilung und ordnet zehn Prozent der erwachsenen Österreicher der A-Schicht zu, was in Köpfen einer Zahl von knapp 700.000 Personen entspricht.

Welche Erwartungen knüpfen sich an eine soziale Führungsschicht?

Die Antwort darauf könnte generalisierend auf Vorbildwirkungen abzielen: Daß sich die Elite für berufliches Leistungsbeußtsein einsetzt, die Fortschrittsfreudigkeit fördert, zu initiativem Verhalten und kritischem Denken anregt und daß sie eine Aufstiegsmentalität, verbunden mit Toleranz gegenüber dem sozial Schwächeren, initiiert. Elite sollte sich ganz allgemein durch einen gesellschaftlichen

Apropos:

Gleichmacherei erzeugt Mittelmaß und Vorbild ist nicht zu Ersetzen durch Vorschrift.



Gestaltungswillen erkennbar machen. Sie ist in jedem Fall unabdingbar und als Schwungrad des Fortschritts unverzichtbar. Die Wirklichkeit wird dieser Erwartungshaltung nur ansatzweise gerecht. Charakteristisch für die „oberen 10 Prozent“ ist (abgesehen von überdurchschnittlichem Besitz und Einkommen) zunächst ein sehr waches Interesse an Gegenwarts- und Zukunftsfragen. Der Informationshunger führt dazu, daß die sogenannte A-Schicht sehr viel mehr liest und alle Medien intensiver verfolgt als es die übrige Bevölkerung tut. Aus dem gesammelten Wissen entsteht jedoch wenig politische Dynamik. Prinzipiell gering ist (insbesondere in der jüngeren Oberschicht) die Neigung, innerhalb einer Partei eine Funktion auszuüben. Auch das explizite Angebot von politischen Führungsfunktionen stellt für jüngere Personen mit Elitemerkmale keine nennenswerte Verlockung dar. Die politische Abstinenz wurzelt in der nahezu einhelligen Auffassung, daß ein öffentliches Amt viel Ärger und Strapazen bringt.

Alle empirischen Befunde deuten darauf hin, daß sich die Führungsschicht im wesentlichen auf das aufmerksame Verfolgen von Nachrichten und das Registrieren von Vorgängen sowie auf das interne

Gespräch im eigenen Milieu, unter Familienangehörigen, Bekannten, Berufskollegen oder Geschäftsfreunden beschränkt. Demgemäß besteht die Beschäftigung mit der Politik auch weniger in kontroverser Diskussion als im Austausch von Unbehagen unter Gleichgesinnten.

Alles in allem führen die demoskopischen Daten zur Gewißheit, daß sich die rein sozialstatistisch definierte Elite in vielen Belangen markant von der Bevölkerungsmehrheit unterscheidet. Sie ist moderner, internetbezogener, globalisierter und damit unpatriotischer als die Masse der Österreicher, aber sie entwickelt keine zukunftsorientierten Konzepte. Ihr Mangel an politischem Ehrgeiz läßt befürchten, daß hierzulande nicht nur Fachkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch politischer Führungsnachwuchs und gestalterische Ideen fehlen werden.

Die gesammelten Eindrücke verdichten sich zur Erkenntnis, daß es in Österreich viele Gruppierungen mit Elitemerkmale, aber kein geschlossenes Eliteverständnis gibt. Was vor allem fehlt, ist ein Denken, das über das pure Besitzstreben hinausreicht und auch die Verantwortlichkeit für das Gesamtwohl als eine wichtige Dimension elitären Verhaltens begreift.

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Andreas Kirschhofer Bozenhardt war zunächst am Institut für Demoskopie in Allensbach im Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle tätig. In dieser Zeit u.a. Informationsberater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. 1972 Aufbau der Institutsgruppe IMAS International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen



Die Frage, ob Elite mit dem demokratischen System vereinbar ist, kann letztlich nur mit einem klaren und vernehmlichen Ja beantwortet werden. Linksliberale Denker täten gut daran, Elite nicht länger als ein Korrelat zu Diktaturen zu verteu- feln, sondern ihr im demokratischen Ge- triebe eine ganz wichtige Funktion für den Fortschritt zuzuerkennen. Es versteht

sich, daß dabei ein sehr scharfer Tren- nungsstrich zu einem an Machiavell oder Nietzsche orientierten Über- und Her- renmenschentum gezogen werden muß. Das Streben, sich durch Leistung von der Masse abzuheben, ist an sittliche Gebote gebunden. Der christliche Dekalog und der Kategorische Imperativ Kants bieten dafür brauchbare Grundlagen. ■





ADEL - GESTERN UND HEUTE

von *Norbert van Handel*

Seit einem knappen Jahrhundert sollte es ihn eigentlich nicht mehr in Österreich geben. Dennoch hat der Adel seinen Hauch von Exklusivität nicht verloren und lebt auf informelle Weise nicht nur in den Geschichtsbüchern weiter. Was ist aus dem schmalen demographischen Segment, das Gudula Walterskirchen in ihrem Buch als „verborgenen Stand“ beschrieb, eigentlich geworden? Einer, dessen Familie selbst zu diesem verborgenen Stand zählt, beschäftigt sich hier kritisch mit der Frage, wieviel an elitären Merkmalen und aristokratischen Verhaltensweisen heute noch im einstigen Adel steckt.

Bewegt man sich von Zeit zu Zeit in der sogenannten Gesellschaft, kommt es vor, daß einem vom Gesprächspartner augenzwinkernd zugeraut wird, selbst eigentlich ein bißchen adelig zu sein. Adelige Großmütter, Großväter oder zumindest Uronkels und Tanten werden aus dem

Talon gezogen. Irgendwie entsteht der Eindruck, daß adelig zu sein, an Stellenwert gewinnt, je länger die Abschaffung des Adels zurückliegt. Spiegelt sich darin eine gewisse Sehnsucht nach elitären Strukturen, die mit wenigen Ausnahmen für immer verschwunden zu sein scheinen, wider? Decken die republikanischen Eliten - hervorragende Wissenschaftler, Ärzte, Unternehmer, Spitzensportler oder Größen des Showbusiness - möglicherweise doch nicht alles ab, was heute gesellschaftlich erstrebenswert, vor allem aber auch erreichbar ist? Was ist eigentlich aus jenen Familien geworden, die bis 1918 in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie standen? Gibt es sie noch? Verbergen sie sich? Was tun sie? Zum Teil bilden sie wohl noch in sehr kleinem und überschaubarem Maß, gesellschaftliche closed shops und das vor allem je höher ihr gesellschaftlicher Rang war. Denn Adel ist nicht gleich Adel. Jene auf Grund von Tapferkeit, unternehmerischem Geschick oder künstlerischer Bedeutung vor allem im 19. Jhdt nobilitierte

Familien, der so genannte Verdienstadel, müssen sorgfältig vom Geburtsadel unterschieden werden. Verdienstadel, das waren jene, die keine Schlösser, keinen riesigen Grundbesitz, keine noblen Jagden hatten. Sie aber waren es, die, - formulieren wir es salopp – den Staat weiterbrachten. Auch die alten, die namhaften und geschichtsträchtigen Familien waren wichtig. Sie waren meist vermögend, darauf bedacht, sich in der Sonne des Hofes zu bewegen und überwiegend kaisertreu. Sie hatten ihre jahrhundertealten Verdienste, sie pflegten aber auch ihre eigenen Interessen. Und sie taten dies umso stärker, je schwächer der Kaiser wurde. Als eine Folge davon waren es 1918 nur die Kadetten von Wr. Neustadt, die ihren Kaiser schützten - jene jungen Kerle, nicht der Ur- Hof- und Geburtsadel.

Die große Zäsur

1918 brachte für den österreichischen Adel eine heute kaum vorstellbare Zäsur. Als Kaiser Karl auf die Mitwirkung an den Regierungsgeschäften verzichtete und mit Kaiserin Zita und seinen acht Kindern enteignet und unter skandalösen Bedingungen gezwungen war, ins Exil zu gehen, versank eine Dynastie, die rund 650 Jahre regiert hatte. Sie hinterließ einen überwiegend supranationalen Adel, der systemimmanent heimatlos geworden war.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war Österreich mehrfach gespalten. Innenpolitisch kam es zum Kampf zwischen Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Nationalsozialisten. Zugleich kontrastierte in der Bevölkerung der Wunsch, sich an Deutschland anzuschließen, mit dem Verlangen, ein selbständiges, wenn auch kleines Österreich zu erhalten und jede Art von Anschluß an den Hitlerstaat zu vermeiden. Hier spielte der überwiegend katholische Adel noch eine

nicht unwesentliche Rolle.

Ein kennzeichnendes Merkmal des österreichischen Adels bestand darin, daß er hauptsächlich agrarisch strukturiert und nicht annähernd so stark am industriellen Kapital beteiligt war, wie in Deutschland. Viele Familien verloren große Vermögensteile, wie etwa in Kriegsanleihen, die man patriotischerweise gezeichnet hatte und die nach dem Verlust des Weltkrieges wertlos geworden waren. Übrig blieben kleine und größere Besitzungen und der Verlust wesentlichen Einflusses auf das staatliche und gesellschaftliche Geschehen. Auch Erbaueinandersetzungen, die oft zu innerfamiliären Spannungen führten, hatten zur Folge, daß der Rest des grundbesitzenden Vermögens immer kleiner wurde. Außerdem setzte – durch die Zeitläufe bedingt – ein familiärer Schrumpfungsprozess ein. Im Vergleich zum 19. Jahrhundert waren die Familien kleiner geworden.

Bedeutungsverlust nach dem 2. Weltkrieg

Nach dem 2. Weltkrieg verlor der Adel in Österreich - natürlich mit nicht unwesentlichen Ausnahmen – seinen politischen Einfluß. Ob deshalb, weil die Vertreter alter Familien keine Lust mehr hatten in einem neuen republikanischen Staat besonders exponiert tätig zu sein oder deshalb, weil sie nicht mehr den nötigen Zugang oder die Fähigkeiten hatten, sei dahingestellt.

In der Diplomatie und im Militär hielten und halten sich noch Reste früher tragender Familien, wobei auch hier eine gewisse Ausdünnung festzustellen ist. Faktischer Einfluß durch die alten Familien wird etwa im land- und forstwirtschaft-

Apropos:

Tradition ist nicht das Bewahren von Asche, sondern die Weitergabe der Flamme.

Thomas Morus

lichen Bereich, vor allem dort, wo noch größere Besitzungen vorhanden sind, ausgeübt. Natürlich spielt der Adel auch im Bereich der Interessensvertretung der Besitzer von Burgen und Schlössern und in der Denkmalpflege eine gewisse Rolle, wie überhaupt er sich, wenn man so will, dort hält, wo faktische Interessen, die auch für die Region wichtig sind, vertreten werden. Wo keine Grundbesitzungen mehr vorhanden sind, also vorwiegend im städtischen Bereich, in dem sich die „Etagengrafen und -barone“

nach Verlust ihrer Besitzungen niedergelassen haben, ist ein Einfluß vielleicht noch in gehobenen Vereinigungen und Zirkeln merkbar. Beispiele dafür sind der St. Johannes Club in Wien, der elitäre Jockey-Club, oder gewisse Orden - wie etwa die Malteser und die habsburgischen Orden des Goldenen Vlieses und der St. Georgs-Orden.

Alles in allem aber hat sich der Adel mit der republikanischen Gesellschaft abgefunden und diese mit ihm. Er stört nicht in der modernen Community, aber er bewirkt auch wenig. Er ist überwiegend patriotisch, selten wirklich parteigebunden, durchaus eher rechts, aber auch gegenüber der Sozialdemokratie keineswegs feindlich eingestellt.

Im noch einigermaßen funktionierenden Adel weiß man „wer wer“ ist, wobei es größere Namen leichter als kleine haben. Familien, die die eigene Familientradition nicht mehr pflegen, verschwinden (viele meinen bedauerlicherweise) zumeist lautlos aus dem Milieu.

Faßt man zusammen, so kommt man zu folgenden Schlüssen:

- *Leistung in Kombination mit adeligem Hintergrund ist statusfördernd;*
- *Wer land- und forstwirtschaftliche oder andere wirtschaftliche Interessen positiv vertritt, genießt Einfluß im regionalen Bereich;*
- *Titel zählen verstärkt im Bereich der Diplomatie und dort, wo in irgendeiner Form repräsentiert werden soll;*
- *Die Pflege von überlieferten Werten, eine vielfach besonders starke katholische Religiosität, das Festhalten an einer möglichst großen Familie und das Bekenntnis zu Traditionen ist ein Typikum, das weiterhin identitätsstiftend wirkt.*

Der Adel in der veränderten Lebenswelt

Natürlich sind auch die alten Familien nicht vom Tempora mutantur verschont geblieben. Die rasante Veränderung aller Rahmenbedingungen als Folge von elektronischer Revolution, Facebook, Twitter, Globalisierung, Migrationsbewegungen und Internationalisierung haben auch die Lebenswelt des Adels betroffen. Die tradierte Verhaltenskultur der Aristokratie verliert mehr und mehr ihre einstige Unverwechselbarkeit. Man darf sagen, hoffentlich schwindet sie nicht ganz. Denn niemand kann festschreiben, ob wir nicht wieder einmal in eine Zeit gleiten, in der die Rückbesinnung auf bodenständige Lebensformen und ein ethisches Bewußtsein in Politik und Wirtschaft an Bedeutung gewinnen werden.

Dies führt zur Frage, ob der Adel heute noch eine Vorbildfunktion ausüben kann. Die Realität sieht so aus, daß in vielen alten Familien sowohl das qualitative, als auch moralische Potential dafür vorhan-



Der St. Johannes Club ist, ähnlich dem Jockey Club, dem Malteser- oder St. Georgs Orden eine der Verbindungen, in denen sich Teile der Hocharistokratie mental besonders beheimatet fühlen.

den wäre. Der Adel könnte wahrscheinlich in stärkerem Maße zur Zukunftsbevältigung beitragen und Orientierungen geben, als er es tut. Seine unbestreitbare Neigung, sich zu isolieren und den Kontakt zu anderen sozialen Gruppen zu vernachlässigen, ist sicherlich ein Fehler.

Was der Adel zum Nutzen des Gemeinwesens auf jeden Fall einbringen könnte,

ist eine Verhaltens- und Gesprächskultur, eine gewisse Elegance, aber auch Fairness im Umgang miteinander. Es ist letztlich das, was man nicht ganz zu Unrecht einmal „das gewisse Etwas“ nannte. Ein wenig mehr an aristokratischer Gesinnung dieser Art würde im gegenwärtigen Klima des brutalen Rempelns keinesfalls schaden. ■

Norbert van Handel

Norbert van Handel entstammt einer Familie, die bereits im 13. Jh. in Nordbrabant ansässig war. Nach seinem Studium (Jus, Wirtschaftswissenschaft und Geschichte) war Dr.v.Handel zunächst in der öö-Wirtschaftskammer tätig. In weiterer Folge übte er leitende Funktionen in der Wirtschaft und öffentlichem Leben aus, u.a. als Aufsichtsrat und Vorstand von Brauereien, Vizepräsident der Niederländischen Handelskammer in Österreich, sowie als Prokurator des St. Georgs-Ordens.



Apropos:



Auf der Höhe der Zeit ist nicht derjenige, der die Torheiten des Zeitgeistes weiterträgt, sondern wer ihnen widerspricht.

Karl Steinbuch



HOCHADEL MARIAZELL



Familientreffen des Hochadels:

ERZHERZOG JOHANNS NACHKOMMEN IN MARIAZELL

Rund 700 direkte Nachkommen des legendären Erzherzogs Johann (1782-1859) haben sich heuer im Rahmen einer Familienwallfahrt in Mariazell getroffen. Es waren durchwegs Angehörige des ehemaligen Hochadels und Träger von Namen, die die österreichische Geschichte im letzten Jahrtausend bestimmten. Das gegenüberliegende Bild gibt Zeugnis davon, daß der Hochadel seine inneren Bindungen, aber auch seine Lebensform und Traditionen weiterhin erfolgreich pflegt. Dies ist keineswegs selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß ein Großteil der heutigen Aristokratie als Folge des Erbrechts (Fideicommiss) nicht mehr im Besitz von landwirtschaftlichen Gütern ist. Damit fehlt, so sollte man meinen, eine wesentliche mentale Klammer, denn Grund und Boden war zu allen Zeiten die Basis für die Überlieferung von Tradition und

historischer Kontinuität. Die unvermeidliche Hinwendung zu „bürgerlichen“ Berufen (beispielsweise in der Medizin, Wirtschaft, Verwaltung, Rechts-, oder Finanzwesen) haben offenkundig kein fundamental neues Selbstverständnis des Adels bewirkt. Identitätsstiftend für den Großteils miteinander versippten Personenkreis ist nicht nur eine auffallende Typenähnlichkeit, sondern auch das religiöse Bekenntnis und nicht zuletzt die Trachtenkleidung, die von der überwiegenden Zahl der Urenkel Erzherzog Johanns getragen wurde. Sie symbolisiert zugleich ein starkes Bekenntnis zu Österreich und zur angestammten Lebensart. „Das Wesen des Adels“, schrieb der deutsche Historiker Walter Görlitz (mit Bezug auf das ostelbische Junkertum), „liegt immer in der Haltung, nicht im irdischen Besitz und irdischem Vorrecht.“ ■

UNVERBLÜMT (und lesenswert)



Für den ehemaligen deutschen Minister Norbert Blüm steht fest, daß es mit der Gleichheit vor dem Gesetz in Deutschland nicht mehr weit her ist. Sein kürzlich erschienenen Buch „Einspruch“ (Westend) trägt

demgemäß den Untertitel „Wider die Willkür der deutschen Gerichte.“ Blüm stellt in dieser Dokumentation eine Unzahl von schweren Verstößen gegen die Rechtsordnung vor und nimmt ganz un-

verblümt Richter, Staats- und Rechtsanwälte aufs Korn. Zu den Dingen, die er anprangert, zählt u.a. der Freikauf des prominenten Auto-Rennfunktionärs Ecclestone von der Anklage mithilfe von 100 Mio Dollar. Blüm berichtet auch von anderen Fällen des Freikaufs und spricht von modernem Ablaßhandel. Im Hinblick auf die vielen Pannen bei gerichtlichen Urteilen stellt er die Frage, warum die Richter – (im Gegensatz zu den Ärzten) – für Kunstfehler eigentlich nicht büßen müssen. Und warum ist noch niemals ein Richter zurückgetreten?

In der Tat, ein Anlaß zum Nachdenken. Auch hierzulande. ■



ELITEN UND MEDIEN - EIN WIDERSPRUCH?

von *Thomas Chorherr*

Kaum wagt man es auszusprechen: Elite, was ist das? Menschen mit einer Vorbildfunktion, lese ich. Leute, die etwas darstellen – im Leben, im Beruf, in dem, was sie tun. Aber im Zeitalter des ewig und überall Gleichen – ist da für Eliten noch Platz? Der Begriff ist schön langsam ein diffamierender geworden. Er wird immer mehr zu einem Synonym des nur vermeintlich Besseren. Die Aristokraten, nicht wahr, hießen ja nicht zuletzt deswegen so, haben sich so genannt, weil sie meinten, besser zu sein als “hoi polloi”, die Vielen. “Plebs” hat man diese in der Antike genannt. “Proletarier” sagen jene, welche ihr Mundwerk von Hochmut steuern lassen, der längst zur Einbildung geworden ist.

Einbildung? Aber steckt da nicht auch das Wort “Bildung” drinnen? Gemach, gemacht. Bleiben wir bei dem, das nicht sein kann, weil es nicht sein darf: Elite. Es sind zwar Bücher über sie geschrieben worden, aber sie ist, scheint es, nicht mehr zeitgemäß. Man braucht sie nicht, glaubt jedenfalls sie nicht zu brauchen. Wir leben in einer Ära der Gleichmacherei. Der Zeitgeist treibt so viel Staub auf, dass die Eliten verschwinden. Und wenn sie es nicht zur Gänze tun, gelten sie als verstaubt. Dass es in Gugging sogar eine Elite-Universität gibt, weiß fast niemand.

Ihre Absolventen haben es nicht notwendig, sich um einen Job zu bemühen.

Denn man braucht Eliten – gerade jetzt. In der Wirtschaft, in der Politik. Vor allem in dieser, und zwar dringend. Und natürlich auch in den Medien, in allen. Ich darf es sagen. Ich bin ein Journalist. Mehr noch: Ich war vor Jahren auch Lektor am Institut für Kommunikationswissenschaften der Wiener Universität und habe mich bemüht, junge Menschen mit dem Beruf vertraut zu machen, den ich als einen der spannendsten und demnach auch schönsten erachte, den ich mir vorstellen kann.

Ich wollte immer ein Journalist sein. Ich wollte einer sein, seit ich – lang, lang ist’s her – im “Akademischen Gymnasium” die Schülerzeitung produzierte. “Juventus” hieß sie, wir waren ja Lateiner, hatten die Sprache von der ersten Klasse an gelernt. Ab der dritten Griechisch noch dazu. Wir waren stolz. Wir waren Humanisten und keine Realschüler. Waren wir etwas Besseres? Wir kannten den Ausdruck “Elite” noch nicht. Mittelschüler, wie sie damals hießen (heute würde man “Gymnasiasten” zu ihnen sagen), fühlten sich freilich gleicher als gleich. Unsere Maturareise führte nach Rom. Der Papst, der im Petersdom durch die Menge getragen wurde, hatte noch die dreifache Krone auf dem Haupt. Ersparen Sie mir aufzulisten, was sich seither alles geändert hat – zu Recht und

Frage geht noch weiter: Warum sind fast alle, die sich beruflich mit Zeitgeschichte auseinandersetzen (die Wiener Universität nicht ausgenommen, Namen sind wohlfeil), im Herzen links? Mehr noch: Haben jene recht, die behaupten, der Geist stehe links? Da können freilich die Wahlergebnisse in Europa nicht mithalten.

Was indes die Medien betrifft, sollte der Begriff "unabhängig" in Österreich noch immer buchstäblich gebraucht werden. Vor allem, da sie ja – alle, die Zeitungen und der ORF – sich als "vierte Gewalt" gerieren. Neben der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vollziehung fühlen sich Print- und elektronische Berichterstattung als eine Institution, die Anklage, Verteidigung und Richterspruch in einem einzigen Instrument vereinigt, dem medialen.

Hinzu kommt, dass die österreichische Öffentlichkeit, diesen Eindruck hat man jedenfalls, leichter beeinflussbar ist als jene in anderen Ländern. Die veröffentlichte Meinung bestimmt in den meisten Fällen die öffentliche. Ausnahmen sind freilich vorhanden. Während etwa die meisten Medien vor der Volksbefragung über die Wehrpflicht für ein Berufsheer Propaganda machten, wurde dies vom "Volk" eindrucksvoll verworfen.

In diesem Fall ging es freilich weniger um rechts oder links, sondern nur um eine

Art von "Spürsinn": Wie ist die Stimmung der Menschen? Hans Dichand, der die "Kronenzeitung" nach dem Krieg wieder aus der Taufe hob, verriet mir einmal sein Rezept: Keine Volksbewegung schaffen, sondern erahnen, was die Menschen denken, und sich an die Spitze stellen. Was die Wehrpflicht betraf, funktionierte das Rezept freilich nicht. Indes bleiben die Medien – werden sie wirklich von einer Elite gestaltet? – in ihrer Mehrzahl ein rot-grünes Biotop.

Dies trifft vor allem auf den ORF zu. Von der Reihenfolge der Inlandsnachrichten bis zu den diversen Diskussionen ist solches merkbar; die Moderatoren und Moderatorinnen können ihre jeweilige Überzeugung nicht verleugnen, was sich auch in der Auswahl der Diskutanten zeigt. Der staatliche wird dann allzu oft zum Regierungsrundfunk. Dass er im Reigen der europäischen Anstalten dennoch einer der besten ist, kann freilich nicht in Abrede gestellt werden.

Oder sollte dies damit zusammenhängen, dass es unter den Lesern, Hörern und Sehern kaum mehr Eliten gibt in diesem Land, die merken, was da im buchstäblichen Sinn gespielt wird? Immer wieder wird behauptet, das politische Verständnis der Österreicher sei geringer als anderswo. Sind sie wirklich allzu beeinflussbar? Ist das Bild "Der Narrenhandel" des

Thomas Chorrherr

Thomas Chorrherr war von 1975 – 1995 Chefredakteur und anschließend (bis 2000) Herausgeber der renommierten Tageszeitung „Die Presse.“ Als Kolumnist, Fernseh- und Rundfunkautor sowie Verfasser zahlreicher politischer Sachbücher zählt Prof. Dr. Chorrherr zu den Ausnahmeerscheinungen im österreichischen Gegenwartsjournalismus.



Holländers Franz Verbeeck zutreffend, das vor nicht allzu langer Zeit im Dorotheum zur Versteigerung stand? Bitte keine voreiligen Schlüsse. Bitte nicht den Stab brechen über die Funktion der Elite, so-

weit vorhanden – ob in den Medien oder anderswo. Ich bin ein Konservativer, aber trotzdem ein Optimist. Das geht durchaus zusammen. ■

DEMOKRATIE ALS HORRORERLEBNIS

Es trug nur wenig zur Daseinsfreude bei, was ein Wiener Wissenschaftler erlebte, als er vor einigen Wochen zunächst nach Prag und dann nach Hamburg fahren wollte, um Berufliches zu erledigen und einen Gastvortrag zu halten. Bis Prag ging alles glatt. Von dort wurde er von Freunden mit dem Auto nach Dresden transportiert, um dann mit dem Zug in die Hansestadt weiterzureisen. Allerdings – den Zug gab es nicht, denn die deutschen Lokführer streikten. Auch die Piloten hatten gerade keine Lust, zu fliegen. Also blieb nur der ersatzweise bereitgestellte Autobus.

Eingepfercht und in stotternder Fahrt ging es über die verstopfte Autobahn quälend langsam dem Zielpunkt an der Elbe zu. Mit saftiger Verspätung endlich in Hamburg angekommen, stieg der Professor in ein Taxi um, dessen ausländischer Fahrer sich in der Stadt allerdings nicht gut auskannte und den Veranstaltungsort um eine geschlagene halbe Stunde verfehlte. Mit langen Schritten eilte der Gelehrte nach dem Aussteigen zum Pult und dankte zunächst für die Geduld...

So oder ähnlich wie dem Wiener Professor ging es hunderttausenden von Menschen während der Tage der großen Streiks im deutschen Schienen- und Flugverkehr. Die statistischen Winzlinge der Lokführern und Piloten waren zum Schaden des Wirtschafts- und Berufslebens, aber auch der private Interessen ihrer Mitbürger in der Lage, Flughäfen und Bahnhöfe lahmzulegen. Wichtige Güter konnten nicht transportiert, Arbeitsplätze bestenfalls mit Verspätung, viele berufliche oder private Termine oft

gar nicht eingehalten werden. Der Anstifter all dessen, ein Funktionär namens Klaus Weselsky, hatte erreicht, was seinem gewerkschaftlichen Ego offenkundig gut tat: „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will.“

Der Streik der Lokführer und Piloten war jedenfalls kein reiner Arbeitskampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern wurde auf dem Rücken der Gesamtbevölkerung ausgetragen. Er war das Muskelspiel einiger Apparatschiks, die keine Skrupel für die Folgewirkungen ihres Machthungers kannten. Persönlichkeiten dieses Formats sind in der Lage, sehr viel Porzellan zu zerschlagen und die innere Harmonie eines Landes zu zerrütten. Die heftigen Publikationen in den deutschen Medien haben unmißverständlich gezeigt, wie schmerzhaft der soziale Zivilisationsbruch von der Bevölkerung empfunden wurde.

Ein Leser der Tageszeitung ‚Die Welt‘, Gerd Horn aus Bad Nauheim, hat das Problem auf den Punkt gebracht: „Herr Weselsky, der den Lokführerstreik als ‚gutes Recht‘ in Anspruch nimmt, sollte bedenken, daß jedes Recht seine Grenze dort findet, wo die Ausübung dieses Rechts anderen, unbeteiligten Menschen Schaden zufügt. Gerade den Gewerkschaften, die soziale Gerechtigkeit so gern thematisieren, muß man sagen, daß es nicht zur sozialen Gerechtigkeit gehört, einen Rechtsanspruch rücksichtslos auf dem Rücken und auf Kosten seiner Mitbürger durchzupauken.“ ■





Das Steuerkonzept des Atterseekreises:

WIRTSCHAFTSIMPULSE DURCH STEUERGERECHTIGKEIT

Die Regierung befindet sich in der wirtschaftlich lebenswichtigen Frage einer wirksamen Steuerreform weiterhin im Zustand der Lähmung. Den Koalitionspartnern SPÖ und ÖVP ist es vor allem darum getan, ihre eigenen Klientel zu bedienen. Dabei ist es hoch an der Zeit, im Abgabensystem zum Staatshaushalt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Der Atterseekreis hat angesichts dieser Situation unter der Leitung des Linzer Steuerexperten Alfred Fenzl (Bild) ein Steuerkonzept erarbeitet, das dazu bestimmt ist, der erstarrten Reformdiskussion einen wichtigen Impuls zu verleihen. Im nachstehenden Gespräch mit dem ATTERSEE.REPORT erläutert Fenzl die Grundlinien dieses Konzepts.

ATTERSEE-REPORT: "Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Eckpunkte in einer Steuerreform?"

FENZL: Wenn wir heute an eine Reform des Einkommenssteuergesetzes denken, so sollten wir die soziale Verträglichkeit, größtmögliche Transparenz, die einfache Exekutierbarkeit und vor allem Gerechtigkeit im Auge haben. Unter Gerechtigkeit ist gemeint, daß nicht nur die Gut- und Besserverdiener, sondern alle Bevölkerungsschichten entlastet werden

sollen. Auch dem sogenannten Mittelstand, den es bald nicht mehr geben wird, wenn ihn der Finanzminister weiter derart schröpft, muß geholfen werden.

Begünstigungen im Einkommensteuergesetz – z. B. für Investitionen – dienen der Belebung der Wirtschaft und sind von volkswirtschaftlichem Interesse. Egal ob diese von einem Groß-, einem Klein- oder Mittelbetrieb, oder einem Einpersonunternehmen getätigt werden. Sie müssen den gleichen Stellenwert haben.

"Können Sie uns das anhand eines Beispiels erklären?"

FENZL: "Warum sollen Unternehmen mit unterschiedlichen Gewinnen, abhängig von der Einkommensteuer-Progression der sie unterliegen, unterschiedlich hohe Vorteile lukrieren dürfen? Betriebe mit einem Gewinn von mehr als € 60.000 erhalten bei einer Investition in Höhe von € 10.000 eine Steuerermäßigung von 50 Prozent der Investitionsbegünstigung, solche mit einem Gewinn von € 25.000 erhalten maximal nur 38,5 Prozent. Neu gegründete Betriebe mit Anlaufverlusten erhalten vielfach nichts. Das ist nicht gerecht und muß geändert werden.

Außergewöhnliche Belastungen, seien es Kosten aus einer medizinischen Be-



Alfred Fenzl, Steuerexperte des Atterseekreises und Steuerberater in Linz.

lastung des Steuerpflichtigen, seien es Studienkosten für Kinder, führen ebenfalls dazu, dass erfolgreiche Personen, egal ob Unselbständige oder Selbständige, einen größeren Vorteil zufolge der Progression lukrieren können als weniger erfolgreiche. Diese durch die Progression bedingten unterschiedlichen Auswirkungen gilt es in einer Steuerreform zu eliminieren.

”Was bringt diese Steuerreform den Unternehmen?”

FENZL: Österreichs Wirtschaft muß angekurbelt werden. Folgende Vorschläge werden die nötigen Impulse für Unternehmen bringen:

Gerechte Verlustvorträge und Verlustrücktrag wären eine geeignete Möglichkeit; um die Unternehmen in Österreich und somit den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Speziell bei Neugründungen sind Anlaufverluste als eher normal zu bezeichnen. Eine Reform in Gestalt eines Verlustvortrags wäre hier sinnvoll. Schon jetzt dürfen Unternehmen erlittene Verluste in den Folgejahren vom steuerpflichtigen Gewinn abschreiben. Solche Verluste reduzieren aber auch die nicht steuerpflichtigen Gewinne, also die steuerfreien Sockelgewinne in Höhe von derzeit € 11.000. Fair und gerecht wäre es nicht nur, die Verlustvorträge nur bis zu dieser Grenze verbrauchen zu müssen, sondern auch im Jahr des erlittenen Verlustes den Vortrag um diese Freigrenze, die ja als eine Art Existenzminimum betrachtet wird, zu erhöhen. Warum sollte es einem Unternehmer verwehrt bleiben, dieses in einem der Folgejahre nicht zumindest nachträglich steuerfrei erwirtschaften zu dürfen?

Und nun zum Verlustrücktrag: Erleidet ein Unternehmer nach erfolgreichen Jahren, in welchen er seine Steuern abgeführt hat, einen Verlust, sollte er die Möglichkeit des Verlustrücktrags haben. Ein wahlwei-

ser Verlustrücktrag - und damit die Rückzahlung von bereits entrichteten Steuern - würde die Liquidität eines in Schwierigkeiten geratenen Unternehmens verbessern und im schlimmsten Fall den Insolvenzfonds entlasten.

“Welche Position bezieht das Attersee-Konzept zur Abschreibung ?”

FENZL: Die Abschreibungsdauer von acht Jahren ist für Personen- und Kombinationskraftwagen realitätsfern. In Anlehnung an die sogenannten Luxus-tangente sollten Fahrzeuge mit einem Anschaffungspreis von höchstens € 40.000 auf fünf Jahre abgeschrieben werden können. Für diese Fahrzeuge sollte auch ein Vorsteuerabzug möglich sein.

Auch bei der Absetzung für Abnutzung (AfA) gibt es Reformbedarf. Heute können die historischen Anschaffungskosten über viele Jahre abgeschrieben werden. Dabei findet die inflationsbedingte Geldentwertung keine Berücksichtigung, was dazu führt, daß am Ende der Nutzungsdauer der Unternehmer für die Wiederbeschaffung des verbrauchten Wirtschaftsgutes Eigenmittel zuführen muß. Gerecht wäre ein jährlicher Zuschlag zur AfA in Höhe der Inflationsrate.

Die Grenze der Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern ist seit mehr als einem Jahrzehnt mit € 400 unverändert. Eine Anpassung auf € 1.000 erscheint angemessen. Die Grenze könnte nach dem Verbraucherpreisindex wertgesichert werden.

Für längerlebige aber geringwertige Wirtschaftsgüter sollte der Unternehmer ein Wahlrecht zwischen Sofortabschreibung oder Aktivierung mit Investitionsprämie haben.

Apropos:

”**Banken sind gefährlicher als stehende Armeen.**“
Thomas Jefferson

“War bringt diese Reform für den Arbeitnehmer?”

FENZL: *Zum Beispiel eine Reform der Pendlerpauschale. Diese ist obsolet und gehört abgeschafft. Dafür sollen Pendler einen Kostenersatz für öffentliche Verkehrsmittel oder Kilometergeld erhalten, wenn kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung steht.*

Eine Anpassung der Steuersätze ist mehr als überfällig. Die kalte Progression hat den Steuerzahlern schon lang genug tief in die Tasche gegriffen. Abgesehen von einer jährlichen Indexanpassung ist hier der steuerfreie Sockelbetrag zu erhöhen, der Eingangssteuersatz deutlich zu reduzieren, mehrere und leichter verständliche Progressionsstufen einzuführen und schließlich die Grenze für den Höchststeuersatz anzuheben.

“Welche Steuersätze schlagen Sie vor?”

FENZL: *Bis 15.000 Euro steuerfrei, bis 25.000 Euro 25 Prozent, bis 35.000 Euro*

35 Prozent, bis 50.000 Euro 40 Prozent, 45% bis 70.000 Euro 45 Prozent, ab dann 50 Prozent.

“Wo gibt es Einsparungspotentiale für den Staat?”

FENZL : *Es ist eine Vereinfachung der Administrierbarkeit anzustreben, denn schon bei der Einhebung der Steuer ist Sparsamkeit geboten, nicht erst bei der Verwendung der Mittel. Allerdings darf nicht am falschen Platz gespart werden, wie der Rechnungshof kürzlich aufgezeigt hat.*

Das Gespräch über ersten Vorschläge des Atterseekreises zur Steuerreform führte Andrea Jarolim.

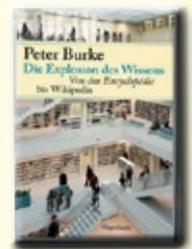
Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Alfred Fenzl setzt ihre Tätigkeit fort mit dem Ziel, weitere Vorschläge für die Steuerreform zu entwickeln und einen substantiellen Beitrag des Atterseekreises zur Reformdiskussion zu leisten. ■

INFORMATIONSGIGANTEN UND WISSENSZWERGE

Es war atemberaubend, was den Forschern mit der ESA-Sonde Rosetta gelang. Zehn Jahre Vorbereitung, zehnjähriger Flug über eine 6,5 Milliarden km lange Strecke durch das Weltall, punktgenaue Landung auf dem selbst mit rasender Geschwindigkeit unterwegs befindlichen winzigen Kometen „Tschuri“. Über das Warum der aufwendigen Mission wurde wenig geredet. Ach ja, Bausteine des Lebens suchen, Wasser, Aminosäuren, Staubstrukturen prüfen und so.

Inzwischen ist das Erlebnis abgehakt; schon bald wird man wieder von anderen Dingen Notiz nehmen, denn fast täglich tauchen Meldungen über die Berichte auf, die man gestern noch kaum

für möglich gehalten hätte. Das allerdings ist ein Problem in sich- Im gleichen Maße, wie Neues publiziert wird, fällt nämlich wertvolles Wissen der Vergessenheit zum Opfer. Peter Burke, ein englischer Historiker, hat dazu eine Chronik verfaßt („Die Explosion des Wissens“, Wagenbach Verlag). Eine seiner Schlußfolgerungen stimmt besonders nachdenklich: Daß wir über das Internet Wissen zur Kenntnis nehmen, ohne uns selbst um das Erlernen zu bemühen. „Wir mögen vielleicht Informationsgiganten werden“, meint Burke, „laufen aber Gefahr, zu Wissenszwerge zu verkommen.“ ■





EISENBAHNBRÜCKE: DER GESPRENGETE BÜRGERWILLE

Im November 1900 wurde sie in Dienst gestellt, im Juli 1934 haben sich auf ihr NS-Putschisten und Exekutive ein verlustreiches Feuergefecht geliefert; nach dem Kriegsende im Mai 1945 waren an ihren Endpunkten Wachsoldaten der Besatzungsmächte postiert; im Laufe ihrer Geschichte haben Millionen von Autos und Fußgängern (pro Tag sind es rund 15 000 Fahrzeuge) auf ihr die Donau zwischen Linz und Urfahr überquert. Die Eisenbahnbrücke ist für Generationen von Linzern ein Stück persönlicher Erinnerung. Sie verbindet nicht nur Stadtteile, sondern vertieft auch die heimatliche Vertrautheit mit der eigenen Stadt. Und sie ist - ähnlich wie die Tabakfabrik - ein schützenswertes industrielles Denkmal.

Aber wie es halt so ist: Genutzt wurde die Brücke, gepflegt leider nicht. So ist es kein Wunder, daß nach all den Tonnen von Salz, die zu Winterszeiten auf ihr verstreut wurden, der Rost an den Trägern und Streben zu nagen begann. Die Schuld an den Schäden schoben sich ÖBB (als Besitzerin des Bauwerks) und die Stadt Linz gegenseitig zu.

Vor knapp drei Jahren tauchten Alarmmeldungen auf. Die Brücke ist nicht mehr zu retten, hieß es. Und damit begann der Streit, zwischen den Parteien und zwi-

schen den Interessengruppen. Die Brücke muß weg, erklären die einen. Die Brücke kann technisch saniert werden und soll bleiben, sagen die anderen. Die einen, das sind vor allem die SPÖ-Vertreter. Sie hatten schon an früheren Beispielen, wie etwa dem der Wollzeugfabrik, bewiesen, daß ihnen der Schutz industriellen Erbes wenig gilt. Die anderen werden repräsentiert durch ÖVP und FPÖ, haben bei diesem Problem aber auch viele sozialdemokratischen Wähler hinter sich, denen ebenfalls am Weiterbestand der alten Brücke gelegen ist.

Durch politischen Druck der roten Stadtregierung und ihrem grünen Gefolge wurden im Vorjahr der Denkmalschutz aufgehoben und die politischen Weichen für die Zerstörung der Eisenbahnbrücke gestellt. Als Argument für die herostratische Absicht wird die öffentliche Sicherheit ins Treffen geführt. Damit einhergehend, wird behauptet, die alte Brücke sei unsanierbar. Dieses Argument steht jedoch, wie Fachleute glaubhaft belegen, auf tönernen Füßen. Ein Abriß der alten Eisenbahnbrücke ist in Wirklichkeit keineswegs zwingend. Angesichts dieser Sachlage haben sich die Verteidiger des traditionellen Bauwerks zu einer überparteilichen Plattform zusammengeschlossen. Ihr Ziel ist die Rettung des Linzer Kulturguts mithilfe einer „sanften,“ verträglichen Lösung, nämlich der Renovierung des historischen Bauwerks und der Errichtung

eines daneben liegenden zweiten Übergangs.

Hinter den Kulissen tobt mittlerweile ein Kampf, der für die Allgemeinbevölkerung kaum noch zu durchschauen ist, zumal die Medien - (wie es bei heiklen Problemen häufig der Fall ist) - kaum darüber berichten. Von Mystik umgeben sind beispielsweise 14 Gutachten, die von Brückenbauingenieuren, Denkmalschützern und Historikern erstellt wurden. Die wichtigsten Expertisen sind nach Auskunft der Brückenretter jedoch nicht vorhanden. Für die Öffentlichkeit ebensowenig verfügbar sind die Ergebnisse eines im vorigen Winter durchgeführten Belastungstests der Brücke. Zu den vielen Eigentümlichkeiten zählt außerdem ein von der Stadt ausgeschriebener, mit 380.000 Euro dotierter Gestaltungswettbewerb, der keine Alternativen zu der von den Ausschreibern vorgegebenen Lösung zuließ.

Rätselhaft ist nicht zuletzt, wie die Stadt sowohl den Abbruch der alten Brücke, als auch den Wettbewerb zu einer Neugestaltung beschließen konnte, ohne selbst im Besitz der Eisenbahnbrücke zu sein.

Alle diese Vorgänge ließen sich allenfalls zähneknirschend als zwar irreguläre, in Österreich aber nun einmal übliche Praktiken zur Durchsetzung politischer Macht abtun. Keinesfalls akzeptabel im Zusammenhang mit der Brückenrettung ist hingegen die rot-grüne Willkür im Umgang mit dem Wählerwillen. Wie es mit dem Demokratieverständnis der kommunalen Potentaten bestellt ist, zeigte sich in fratzenhafter Weise, als die überparteiliche Plattform den Abriß der Eisenbahnbrücke durch eine Volksbefragung zu verhindern versuchte und zu diesem Zweck die dafür notwendigen Unterstützungserklärungen sammelte. Exakt war es ein Übersoll von 872 Unterschriften, die zur Einleitung des demokratischen Aktes ordnungsgemäß vorgelegt wurden.

Paragrafen gegen die Demokratie

Die links-grünen Befehlshaber in der Landeshauptstadt dachten nicht entfernt daran, den Bürgern die Chance zu geben, ihre Meinung in einer kommunalen Herzensangelegenheit kundzutun. Sie beschafften sich vielmehr das Gutachten eines Wiener WU-Professors, wonach sich die Eisenbahnbrücke im Eigentum der ÖBB befinde und es daher *„keinerlei rechtliche Basis für eine Bürgerinitiative oder Volksbefragung gibt“*. Gedeckt durch dieses Gutachten fühlte sich Bürgermeister Luger *„verpflichtet, die beabsichtigte Bürgerinitiative als unzulässig zurückzuweisen“*.

Im Klartext: Die Meinungsbekundung der Bürger zu einem elementaren kommunalen Problem gilt aufgrund einer absurden Formalität (eines Paragraphen 69, Abs. 4) als unerlaubt und wird im gegenständlichen Fall als politische Waffe gegen eine mißliebige Mehrheitsmeinung der Bevölkerung benutzt. Darin manifestiert sich nicht nur die Geringschätzung der gebetsmühlenartig vorgetragenen plebiszitären Demokratie sondern mehr als das: Was hier vor sich geht, ist eine förmliche Sprengung der Meinungsfreiheit und des Bürgerwillens. Vorsicht ist geboten vor den Sprengmeistern.

Das ganz und gar Unfaßbare an der Situation besteht darin, daß der empörende Vorgang von den Medien, die sich gern als Hüter und Lehrmeister der Demokratie gerieren, kommentar- und widerspruchlos hingenommen wird. Medien sind, wie man mit Bedauern feststellen muß, Lieferanten von teils richtigen, teils falschen Nachrichten und von Emotionen. Sie sind jedoch keine Anwälte ihres Publikums.

Eine Frage drängt sich auf: Was nützt eigentlich die Pressefreiheit, wenn letztlich der Mut fehlt, sie in entscheidenden Fällen auch zu nutzen? ■



ZWEI KÜHE - ZEHN SCHICKSALE

Wirtschaftspolitik kann auch durch die Brille des Humors gesehen werden. Das bewies ein anonymer Autor, als er im Internet darüber schrieb, was zwei Kühen alles so passieren kann, je nachdem, in welche Hände sie geraten.

Sozialist: Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung nimmt Ihnen eine Kuh ab, gibt sie Ihrem Nachbarn und zwingt Sie, eine Genossenschaft zu gründen, um dem Nachbarn bei der Tierhaltung zu helfen.

Sozialdemokrat: Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie fühlen sich schuldig, weil Sie erfolgreich arbeiten. Sie wählen Leute in die Regierung, die Ihre Kühe besteuern. Um die Steuern bezahlen zu können, müssen Sie eine Kuh verkaufen. Mit dem Geld verkauft der Staat dem Nachbarn eine Kuh. Sie fühlen sich rechtschaffen. Udo Lindenberg singt für Sie.

Christdemokrat: Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Sie schenken dem Nachbarn eine Kuh. Danach bereuen Sie es.

Kapitalist: Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine und kaufen einen Bul-

len, um eine Herde zu züchten.

EU- Bürokratie: Sie besitzen zwei Kühe. Die EU nimmt Ihnen beide ab, tötet eine, melkt die andere, bezahlt Ihnen eine Entschädigung für den Verkaufserlös der Milch und schüttet diese dann in die Nordsee

Kommunist: Sie besitzen zwei Kühe. Ihr Nachbar besitzt keine. Die Regierung beschlagnahmt beide Kühe und verkauft Ihnen die Milch, für die Sie stundenlang anstehen müssen. Die Milch ist sauer.

US-Unternehmen: Sie besitzen zwei Kühe. Sie verkaufen eine, leasen sie zurück und gründen eine AG. Sie zwingen die Kühe, das x-fache an Milch zu geben und wundern sich, daß eine tot umfällt. Der Presse erklären Sie, die Kosten um 50 % reduziert zu haben. Ihre Aktien steigen.

Britisches Unternehmen: Sie besitzen zwei Kühe. Beide sind wahnsinnig.

Italienisches Unternehmen: Sie besitzen zwei Kühe, wissen aber nicht, wo sie sind. Während Sie sie suchen, sehen Sie eine schöne Frau. Sie machen Pause. Das Leben ist schön. ■

ATTERSEE-REPORT

Schriftenreihe für Gesellschaftsdiagnosen

Board of Experts:

- Dr. Adalbert Cramer, Präsident des Liberalen Klubs Oberösterreich
- Univ. Prof. Dr. Helmut Detter, TU Wien
- Komm.Rat Alois Gradauer
- Univ. Prof. Dr. Lothar Höbelt, Univ. Wien
- Dr. Peter Kraft, Linz
- Dr. Thomas Petersen, IfD – Allensbach, BRD
- Mag. Jerzy Prokopiuk, Wroclaw, Polen
- Mag. Ulrike Reisner, Wien

